

Ab Montag: Knuspern mit 2G

Neue Regeln für Markt

■ **Neuwied.** Der Knuspermarkt in der Neuwieder Innenstadt beginnt am kommenden Montag, 22. November – allerdings mit Corona-bedingten Einschränkungen. Das teilt die Stadt Neuwied mit.

So gestaltet sich der Aufbau der Häuschen mit Rücksicht auf die Pandemie etwas anders, und es gilt in Teilen des Marktes die 2G-Regel. Dazu wird der Bereich rund um den Ausschank abgetrennt. Für Geimpfte und Genesene gibt es in der Tourist-Information oder nach deren Schließung am Eingang des abgetrennten Teils gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise farbige Bändchen. Sie berechtigen zum Zugang in diesen Bereich.

Für die Verzehrstände gilt die 2G-Regelung nicht, die Stände werden aber anders angeordnet und stärker voneinander getrennt, um Gedränge zu vermeiden und Abstandhalten zu ermöglichen. Auch ein Bühnenprogramm wird es in diesem Jahr nicht geben. Die vom Ordnungsamt getroffenen Maßnahmen stehen unter dem



Helfen beim Aufbau des Knuspermarktes (von links): Ingrid Meyer, Alexandru Chirila und Carina Elzer.

Foto: Jörg Niebergall

Vorbehalt, dass weitere Regelungen im Laufe der Zeit erforderlich werden können.

Durch die Innenstadt wird wieder der im vergangenen Jahr er-

folgreich eingeführte Knusperpfad führen. Mehr als 30 Geschäfte machten 2020 mit, um Adventsstimmung in die Schaufenster zu zaubern. Und die jungen Besucher

dürfen sich aufs Kinderknusperland freuen. Die Verkaufsstände werden montags bis samstags von 10 bis 19 Uhr öffnen, sonntags von 11 bis 19 Uhr.

➔ Weitere Informationen zum Neuwieder Knuspermarkt gibt es im Internet unter der Adresse www.neuwied.de/knuspermarkt.html

Kompakt

Ilco-Gruppe plant die Weihnachtszeit

■ **Neuwied.** Die Ilco-Gruppe Neuwied trifft sich am Donnerstag, 25. November, um 17.15 Uhr zur Gesprächs- und Diskussionsrunde im Konferenzraum des DRK-Krankenhauses Neuwied im 7. Stock. Eingeladen sind alle Menschen mit künstlichem Darmausgang oder künstlicher Harnableitung, Menschen mit Darmkrebs, Nichtmitglieder mit ihren Partnern sowie alle, die sich informieren wollen. In der Runde geht es auch um die Vorbereitung der Weihnachtszeit und die bevorstehenden Weihnachtsfeier. Weitere Informationen gibt es bei Klemens Plewnia, Telefon 02631/488 06, und Hans Peter Weber, Telefon 02622/922 654.

Kaputte Geräte reparieren lassen

■ **Engers.** Die Reparaturwerkstatt der Engerser SPD hat am Samstag, 27. November, von 10 bis 12 Uhr im evangelischen Jugendcafé in Engers geöffnet. Die Handwerker bitten um Anmeldung per E-Mail engersp@gmx.net oder unter Telefon 0151/506 312 26. Aufgrund der Corona-Pandemie nehmen die Aktiven die Geräte nur einzeln an und vereinbaren mit den Bürgern, wann sie wieder abgeholt werden können.

Ja zum Sicherem Hafen, Nein zur Mehraufnahme

Nach hitziger Debatte: Stadtrat bekennt sich zur Initiative, spricht sich aber dagegen aus, zusätzlichen Geflüchteten Obdach zu gewähren

Von unserem Redakteur
Markus Kilian

■ **Neuwied.** Normalerweise spricht Martin Hahn mit fester Stimme, wenn er im Neuwieder Stadtrat am Mikrophon steht. Selbstsicher setzt der CDU-Fraktionschef die Argumente, die er mit Gesten unterstreicht. Zeigt klare Kante. Als es um die Frage geht, ob Neuwied als Sicherer Hafen zusätzliche Geflüchtete aufnehmen soll (wir berichteten), ist das anders. Hahns Stimme wirkt fast brüchig, als er sichtlich nachdenklich sagt: „Wir werden dem Antrag mehrheitlich nicht zustimmen.“

Der parteiübergreifende Vorschlag hat am Mittwochabend zu teils hitziger Debatte im Heimathaus geführt. Insbesondere Grüne und Linke-Fraktion hatten sich für das Vorhaben starkgemacht. Nach kurzfristigen Änderungen und einer Beratungsunterbrechung hat das Gremium dem Antrag, der mehrere Punkte umfasst, in Teilen zugestimmt, während ein wichtiger abgelehnt wurde.

So votierten die Räte mit knapper Mehrheit dafür, Neuwied zum Sicherem Hafen zu erklären. Damit ist die Deichstadt Teil der Bewegung Sichere Häfen geworden und wird damit in die Liste der deutschlandweit bislang 267 Kommunen aufgenommen. Zudem wird geprüft, ob Neuwied die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, dem Städte-Bündnis Sichere Häfen beizutreten. Da sich der Kreis zuletzt gegen die Aufnahme ausgesprochen hat, sind die rechtlichen Grundlagen für eine Mitgliedschaft der kreisangehörigen Stadt unklar.

Forderungen an Land und Bund

Ebenfalls mit knapper Mehrheit stimmte der Stadtrat dafür, sich gegenüber Land und Bund für finanzielle Mittel für die Mehraufnahme Geflüchteter einzusetzen. Und fast alle Bürgervereine begrüßten die Aufforderung an die Bundesregierung, sich intensiv um eine Verbesserung der Situation von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen zu bemühen.

Eine große Mehrheit sprach sich allerdings gegen das Herzstück des Antrages aus. In Punkt drei sollte sich Neuwied bereit erklären, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Die Verwaltung sollte dafür prüfen, wie viele weitere Plätze zur Verfügung stehen.

Hahn sprach von einem persönlichen Zwiespalt: Einerseits sei es mit den Werten des Christentums unverhandelbar, den in Not geratenen Menschen zu helfen. Gemeint sind dabei die Geflüchteten, die derzeit an der polnisch-belarussischen Grenze ausharren. Andererseits „kann es nicht sein, dass wir diese Menschen zu Waffen eines Diktators machen“, sagte der CDU-Chef mit Blick auf den Präsidenten von Belarus Alexander Lukaschenko.

Wie Hahn weiter mit Blick auf die Neuwieder Wohnraumsituation

„Neuwied ist schon ein Sicherer Hafen – das ist das, was wir spätestens seit 2015 erlebt haben.“

CDU-Chef Martin Hahn betonte die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe vieler Neuwieder.

ausführte, könne man nicht zuzugewinnen, weitere Menschen aufzunehmen, wenn man wisse, dass es rein praktisch nicht möglich sei. „Neuwied ist schon ein Sicherer Hafen – das ist das, was wir spätestens seit 2015 mit ganz vielen ehrenamtlichen Menschen gelebt haben und bis heute leben“, rief er ergriffen.

Elisabeth Freise (Grüne), die den Antrag mit formuliert hatte, sagte, die Bilder aus dem Niemandsland zwischen Polen und Belarus ließen uns erschauern. Sie sei fest davon überzeugt, dass die Stadt mithilfe des Antrags etwas tun könne. „Wir glauben, dass es noch Luft nach oben gibt.“

Im Kontext der kritischen Wohnraumsituation spricht sie von einem „Appell an den privaten Wohnungsmarkt“. „Wir bringen den politischen Willen zu einer zusätzlichen Aufnahme zum Ausdruck“, sagt Freise, die explizit betonte, dass es primär um eine Prüfung für weitere Plätze gehe. Parteikollegin Regine Wilke unterstrich, das Wort „prüfen“ sei als ein „laufender Prozess, der immer wieder in Gang gehalten werden muss“ zu verstehen.

Tobias Härtling, Vorsitzender der Linke-Fraktion, sprach ebenfalls von einem wichtigen Signal und gestand zugleich ein: „Die Entscheidung, ob Geflüchtete zu uns kommen, wird am Ende an anderer Stelle getroffen.“ Humanität sei aber ein elementarer Bestandteil des Neuwieder Selbstverständnis-

ses. Der Neuwieder Stadtrat solle aktiv Druck auf die Politik von Bund und EU ausüben.

In den Reihen der SPD fand das Vorhaben teilweise Zustimmung, wie Geschäftsführer Janick Helmut Schmitz erläuterte: „Wir unterstützen die inhaltlich getroffenen Aussagen des Antrages.“ Allerdings sehe er Probleme im dritten Punkt. Da die Verwaltung bereits Möglichkeiten zur Unterbringung suche, sei es „Augenwischerei“, sie erneut dazu aufzufordern. Schmitz zufolge kann eine zusätzliche Aufnahme darüber hinaus nur bestehen, wenn die entsprechenden Regelungen geschaffen werden. „Dafür ist es vor allem notwendig, dass Bund und EU ihre Hausaufgaben endlich erledigen.“

Dietrich Rühle (FDP) erntete spontanen Applaus, als er sagte: „Eins kann nicht sein: Dass wir zuzugucken, wenn Leute sterben.“ Er hat den Antrag unterschrieben, weil man ein Zeichen setzen müsse. „Dass wir relativ wenig machen können, ist mir klar. Aber Symbolpolitik richtet auch etwas aus.“

Welche Rolle spielt das Klima?

Die politischen Forderungen des Antrages begrüßte auch Jutta Etscheidt (Bürgerliste „Ich tu's“) und betonte, Menschen würden zur Flucht gezwungen, weil Industrieländer dort riesige Flächen pachteten. „Wir bauen unsere Lebensweise auf dem Rücken dieser Menschen auf.“ Zudem spiele der globale Klimawandel eine immer größere Rolle bei Fluchtursachen.

Gänzlich ablehnend äußerte sich dagegen AfD-Sprecher René Bringezu. Zwar beschrieb er Humanität, Barmherzigkeit und Nächstenliebe als „sicherlich ehrenhaft“, doch „subjektive und individuelle Vorstellungen von Solidarität und Hilfsbereitschaft“ könnten nicht an die Stelle des Gesetzes treten. Stattdessen könne man Gelder für den „Aufbau einer nachhaltigen Entwicklungspolitik“ in den Heimatländern Geflüchteter nutzen.

Vor der Stadtratssitzung am Mittwoch hatte die Neuwieder Gruppe von Amnesty International für die Bekennung zum Sicherem Hafen demonstriert. „Der Beschluss des Stadtrates ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend“, heißt es in einer Pressemitteilung der Mitglieder Inge Rockenfeller und Manfred Kirsch.

Impfbus kommt wieder an die Deichwelle

Aktion am 26. November

■ **Neuwied.** Nach der erfolgreichen Impfkampagne an der Deichwelle Anfang Oktober kommt der Impfbus im Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz einmal mehr auf den Parkplatz der Deichwelle Neuwied. Das teilen die Stadtwerke Neuwied mit. Am

Freitag, 26. November, wird von 9 bis 17 Uhr in der Andernacher Straße 55 geimpft. Rund 300 Menschen nahmen beim ersten Mal das Impfangebot wahr. Unbürokratisch, unkompliziert, ohne Voranmeldung: Mitzubringen sind lediglich Personalausweis, Impfpass sowie Krankenkassenkarte. Verfügbar sind die Impfstoffe Johnson & Johnson und

Biontech. Auch Kinder ab zwölf Jahren erhalten den Impfschutz, entweder in Begleitung oder mit einer schriftlichen Einverständniserklärung eines Erziehungsberechtigten. Ärzte klären alle Interessierten vor der Impfung auf. Erst- oder Zweitimpfungen sowie Auffrischungsimpfungen werden kostenfrei angeboten.

OB Jan Einig: Museumsprojekte können nebeneinander bestehen

Neuwieds Stadtchef erläutert, warum das geplante Zentrum zum Klimawandel für ein Prinz-Maximilian-Museum keine Konkurrenz ist

Von unserem Redakteur
Hilko Röttgers

■ **Neuwied.** Ist der Zug für ein Prinz-Maximilian-zu-Wied-Museum abgefahren, weil sich die Stadt Neuwied jetzt um Fördergelder für ein Klimawandel-Museum bemüht? Diese Befürchtung möchte Neuwieds Oberbürgermeister Jan Einig entkräften. „Ich glaube nicht, dass sich die Vorhaben gegenseitig ausschließen“, betont Einig im Gespräch mit unserer Zeitung.

Zum Hintergrund: Um die seit Jahren leer stehende Deichwelle neu zu beleben, soll dort ein „Zentrum zur Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen auf die Urbanität in Mitteleuropa (ZAK)“ entstehen. Mit diesem Projekt soll sich die Stadt ein zweites Mal beim Bund um Fördermittel aus dem Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ bewerben, nachdem sie im ersten Anlauf nicht berücksichtigt worden war. Das hat der Stadtrat am Mittwoch einstimmig beschlossen. Tim Ohnemüller, der Ideengeber für ein Prinz-Maximilian-Museum, sah daraufhin die Chancen zur Realisierung seines Vorhabens schwinden (die RZ berichtete).

Einen solchen direkten Zusammenhang sieht Oberbürgermeister Einig indes nicht. „Man muss das ein Stück weit vonei-



Ein Brunnen vor dem Schloss erinnert an Prinz Maximilian. Foto: Jörg Niebergall

ander trennen“, sagt er. Auf der einen Seite stehe das ZAK, mit dem die Deichwelle revitalisiert werden soll. Dafür liege ein fertiges Konzept in der Schublade, und der Stadtrat habe dem Vorhaben bereits im vergangenen Jahr seine Zustimmung gegeben. Da das Förderprogramm für das kommende Jahr neu aufgelegt worden ist, „muss man da zugreifen“, sagt Einig. Das sei auch eine Forderung der Politik – wie das einstimmige Votum aus der Ratssitzung vom Mittwoch unterstreicht.

Auf der anderen Seite steht die Idee, Leben und Wirken des Naturforschers Prinz Maximilian zu Wied mit einem Museum zu würdigen. „Prinz Maximilian ist ein bedeutender Sohn der Stadt“, sagt Einig. „Er hat großes Potenzial, in einem Museum präsentiert zu werden, und ich glaube, dass er eine überragende Anziehungskraft hat.“ Allerdings

gebe es für ein solches Museum noch kein fertiges Konzept. „Daher steht für ein Prinz-Maximilian-Museum an erster Stelle zu überlegen, wie man es umsetzen kann“, sagt Einig. Der Ort, die Größenordnung, die voraussichtlichen Kosten – „all das muss jetzt konzeptionell aufbereitet werden“. Seien diese Voraussetzungen geschaffen, „dann werden wir auch für ein Prinz-Maximilian-Museum das passende Förderprogramm finden“, ist sich Einig sicher.

Dass sich die beiden neuen Museumsprojekte gegenseitig ausschließen, will Einig zudem mit einem weiteren Argument entkräften. Dazu verweist er auf die vielfältige Museumslandschaft, die es in Neuwied schon jetzt gebe. Beispielsweise nennt er das archäologische Forschungszentrum und Museum für menschliche Verhaltensentwicklung Monrepos, das Roentgen-Museum und das Deutsche Flipper-Museum. „Die schließen sich auch nicht aus. Vielleicht befruchteten sie sich sogar gegenseitig“, sagt Einig. Der Oberbürgermeister ist jedenfalls überzeugt: „Wir können sicherlich noch ein, zwei Museen mehr in Neuwied vertragen.“



„Wir können sicherlich noch ein, zwei Museen mehr in Neuwied vertragen.“

Oberbürgermeister Jan Einig glaubt nicht, dass ein Prinz-Maximilian-Museum und ein Klimawandel-Museum sich gegenseitig ausschließen.